

# Riesaer Tageblatt

Druckschrift  
Tageblatt Riesa.  
Heftpreis Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsankwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Veröffentlicht von:  
Dresden 1880.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 261.

Mittwoch, 7. November 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zusatzgebühr. Für den Rest des Winters und von Produktionsunterbrechungen, Schüttungen der Löhne und Materialentnahmen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anlasses sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tag und Blätter wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 3 mm hohe Grunddruckseile (6 Silber) 10 Gold-Pfennige; bis 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Saz 50%, Aufschlag, beide Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingespart werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schädigende Unterhaltungsbeiträge — hat den Besitzer keinen Anspruch auf Entfernung oder Abschaffung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionssitz und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftskette: Geschäftszettel 49. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## 10 Jahre Österreich.

In diesen Tagen, Gedanken bitterer und trauriger Ereignisse, sind auch zehn Jahre eines österreichischen Schicksals vorübergegangen. Dieses österreichische Schicksal ist qualvolles und im Augenblick schwer Hoffnungslos. Konnte es der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands gelingen, nach einem beispiellosen Niederbruch einen neuen Wiederaufstieg zu ermöglichen, so schlägt Österreich, zerstört, vor jeder Industrie, vor jedes Kapitals, jede Voranstellung, aus eigener Kraft und aus eigener Arbeit die Bedingungen zu schaffen, die einen Staat erst existenzfähig machen. Es hat sich vielleicht in den letzten zwei Jahren eine gewisse Verbesserung der Verhältnisse gezeigt. Aber diese Verbesserung war weniger ein Rücksprung als vielmehr eine Angleichung und Anpassung des österreichischen Volkes an die Armut des Landes und die Trostlosigkeit der Lebenshaltungsbedingungen. Österreich spielt heute die Rolle eines Bankrotteurs, der im Konkursverfahren sein letztes Hab und Gut verloren hat und nun das Leben eines Verarmten führen muß, ohne Hoffnungen und ohne Aussicht auf eine baldige Umgestaltung der Verhältnisse.

Österreichs Schicksal ist in dem in den Friedensverträgen enthaltenen Anschlußverbot niedergelegt. Am Seelen des Völkerbundes, im Seelen des von den Männern in Genuß gepredigten und als neues Moralgesetz gepriesenen Selbstbestimmungsrechts des Volkes ist es Österreich verweht, die Folgerungen aus seiner Lage zu ziehen, die zu ziehen nicht nur Notwendigkeit, sondern auch Selbstverständlichkeit wäre. Wenn man hört, daß die ehemaligen Entente-Staaten ihre Reparationsansprüche an Österreich auf 40 Jahre aufzulösen haben, so weiß man, was dies sagen will. Wenn sogar die Sieger des blutigen Weltkrieges sich davon überzeugt haben, daß aus Österreich nichts mehr für sie herauszuholen ist, so muß es mehrheitlich um das kleine Donaumandat bestellt sein. Die Siegerwelt kennt die Not Österreichs und die Ohnmacht seines Existenzkampfes. Über sie duldet und verehrt diese Not, weil allein die Existenz dieses Staates Österreich die Sieger restlos aufzudecken. Österreich ist in der Rechnung der europäischen Siegermächte ein politischer Faktor, der gerade wegen seines politischen Zwecks nicht verschwinden darf. Auch nicht verschwinden darf, wenn ein ganzes Volk durch dieses politische Diktat verarmt und am Grunde gerichtet wird, eine Jahrhundertealte Kultur durch Bedingungen des Elends zum Untergang geführt wird.

Das österreichische Volk wird somit in diesen Tagen mit recht bitteren Empfindungen der Ereignisse gedenken, die vor zehn Jahren aus einer blühenden Nation ein Volk von Armen machte. Würde man die führenden Männer Österreichs fragen, an welchem Tage die junge Republik ihr Geburtsfest feiern müßte, so würden sie sicherlich in Verlegenheit kommen. Ist es der 17. Oktober, der Tag, an dem Kaiser Karl, der letzte Habsburger auf dem Thron, Alt-Österreich in einen föderativen Bundesstaat umwandeln wollte? Ist es der 21. Oktober, der Tag des Zusammenschlusses des deutsch-österreichischen Nationalrates? Ist es der 12. November, der Tag nach dem Waffenstillstand, wo auf der Straße die Republik öffentlich proklamiert wurde? Man kann alle diese Daten als den Geburtsstag des österreichischen Staates bezeichnen. Das österreichische Volk in seiner Armut wird sich die Köpfe um diese Frage wohl kaum zerbrechen. Diesen Geburtsstag wird man wohl kaum feiern. Und doch tut eine Welt gut daran, dieses zehnjährige Jubiläum des österreichischen Staates zu beachten. Zeigt doch dieses Ereignis, welche Not zu erbalten ein Volk fähig ist, welches Schicksal eine Nation überleben kann: politischer Niederbruch, staatliche Unfreiheit, willkürliche Grenzausweitung, Verfall der Währung, Inflation, aller wiederbeschreibenden Wirtschaftskräfte verlust. Dieses Marterstück hat das österreichische Volk zehn Jahre lang getragen. In einer Weise getragen, daß man heute fast sagen könnte, es hat sich mit diesem Marterstück abgefunden. Immerhin gibt diese Kennzeichnung eines österreichischen Schicksals auch einen Eindruck. Ein Volk, das solches tragen konnte, ohne innerlich zusammenzubrechen, ist ein gefundenes Volk, das noch hoffen kann. Zehn Jahre einer endgültigen Vergeßlichkeit haben den Anschlußwilligen Österreichs nicht zerbrechen können. Man hat zwar eingesehen, daß mit Gewalt nichts zu erreichen ist, und daß man nur den eisernen Klammern der Steuerdictate zu folgen hat. Aber das österreichische Volk verzichtet nicht auf sein Recht. Nach der Devise „Nicht davon sprechen, aber jetzt daran denken“ arbeitet das österreichische Volk geh and hilf an dem Werk, das die Schicksalswende herbeiführen soll. Die Vergleichsmäßige Struktur des Staates ist der des Bruderreiches angegliedert worden, man hat eine Rechtsgleichheit mit Deutschland hergestellt, wie man auch eine Wirtschafts- und Kulturrangordnung schon lange vollaufen hat. Das alles war praktische Arbeit für den Anschluß, der nach dem Willen des deutschen und des österreichischen Volkes unter allen Umständen kommen soll. In der Anschlußfrage gibt es weder in Deutschland noch in Österreich Meinungsunterschiede, in der Anschlußfrage vollzieht sich das, was man die innere Einigkeit des gesamten deutschen Volkes bezeichneten kann. Es ist ein Ziel, das erreicht werden soll. Aber schon allein die Tatsache, daß es ein solches Ziel gibt, gibt dem österreichischen Volk die moralische Kraft, das mit Bängigkeit und Schweigen zu ertragen, was Siegerwillkür ihm aufgezwungen hat.

## Sächsischer Landtag.

II. Dresden, 6. November 1928.  
Der Landtag nahm am Dienstag seine Sitzung nach der großen Sommerpause wieder auf. Haus und Tribünen sind voll besetzt. Auf der Tagesordnung stehen die kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtags und auf Herbeiführung eines Nichtwahlaustritts gegen das Kabinett Heldt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsidialpräsident Dr. Eckardt (Präsident Schwarz fehlt noch infolge Krankheit) mit, daß Abg. Berg (Dnai) sein Mandat niedergelegt habe und für ihn Abg. Haufe-Dahlen (Dnai) in den Landtag eingetreten sei.

Dann weist Abg. Bödicker (Komm.) zur Geschäftsbeförderung auf die Ausperrung der Arbeiter im Industriegebiete des Westens hin und verlangt die sofortige Erledigung eines Antrags seiner Partei auf Streichung des Paragraphen 94 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 11. Juli 1927. — Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Zur Begründung der kommunistischen Anträge erhält Abg. Bödicker das Wort. Er meint, die Regierung habe während der Sitzung des Landtags ihre Politik zur Unterdrückung der Arbeiterschaft fortgesetzt und die imperialistische Rüstungspolitik des Reiches mit allen Mitteln unterstützt. Die Sozialdemokratie sei für die Heldt-Politik mitverantwortlich. Er schließt: Der zehnte Jahrestag der Republik sollte keine Geburtsdaysfeier werden, sondern die

Arbeiter würden eine Musik ausspielen, die den Totentanz dieser Republik begleite.

Abg. Büchel (Zoll) sagt dem Vorredner, seine nächsten Sätze habe die ganze Hilflosigkeit der kommunistischen Partei noch niemals eine so günstige psychologische Situation vorgefunden habe, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, wie jetzt, denn die sozialdemokratischen Reichsminister hätten schwere Fehler begangen. Redner stellt außerdem fest, daß die sächsische Sozialdemokratie ihre volle Handlungsfreiheit habe und durch keine Landes- oder Parteiorganisation gebunden sei. Schließlich erklärt Redner, seine Partei werde für die kommunistischen Anträge stimmen, weil auch sie im Kampfe gegen die Regierung Heldt stehe.

Abg. Rennert (Komm.) bemerkt auf die Worte seines Vorredners, dieser habe seiner Berliner Parteileitung gegenüber bereits ein Abstimmungsrecht angetreten, allerdings mit etwas Kannonendoum. Man dürfe die Sache aber nicht ernst nehmen, die sächsische Sozialdemokratie entwickle sich schon recht „vorwärts“ — treu.

Hierauf werden, wie wir gestern bereits gemeldet haben, beide kommunistischen Anträge mit den Stimmen der Koalitionsparthei abgelehnt. Auch die beiden Nationalsozialisten stimmen gegen die Anträge.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. November nachmittags 1 Uhr.

## Die Präsidentschaftswahlen in Amerika.

### Über 467 Wahlmännerstimmen für Hoover.

New York. (Funknachricht) Nach den leichten Mel- dungen ist anzunehmen, daß Hoover über 467 Wahlmännerstimmen auf sich vereinigt wird. Die einzigen Staaten, die aufscheinend Smith verbleiben werden, sind Alabama, Arkansas, Georgia, Louisiana, Massachusetts, Mississippi und Südkarolina mit insgesamt 64 Wahlmännerstimmen. Die Demokraten haben mindestens 2 Siege im Senat und 10 im Repräsentantenhaus verloren.

### Eleg Hoovers im State New York.

New York. Die "World", das Hauptorgan der Demokraten, gab in einer Sonderausgabe um 10 Uhr abends zu, daß Hoover im State New York auf dem Wahlkampf als Sieger hervorgegangen ist.

New York. "Chicago Tribune" beschreibt in einer Sonderausgabe Hoover als gewählt. Nach der Berechnung des Blattes erhält Hoover 340 Wahlmännerstimmen. Auch die demokratische "World" gibt den Sieg Hoover zu.

### Smith beglückwünscht Hoover.

New York. Gouverneur Smith, der die Wahlergebnisse im New Yorker Hauptquartier der Demokraten entgegennahm, ohne sich zunächst dazu zu äußern, kündigte gegen Mitternacht, als sich das Ergebnis der Wahlen überblickt ließ, folgendes Telegramm an Hoover: "Ich beglückwünsche Sie herzlich zu Ihrem Sieg und bitte Sie, meine besten und aufrichtigsten Wünsche für Ihr körperliches und seelisches Wohlergehen und für den Erfolg Ihrer Regierung entgegenzunehmen".

New York. (Funknachricht) Aus dem Verlauf der Präsidentschaftswahl, die sich diesmal durch einen Reform der Wahlbeteiligung auszeichnete, ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß beim demokratischen Kandidaten Smith, dem Gouverneur des Staates New York, die Wahlmännerstimmen dieses Staates verloren gegangen sind, obwohl die Stadt New York selbst überwiegend demokratisch gewählt hat. Weiter sind dem demokratischen Kandidaten verschiedene Staaten des Südens verloren gegangen, die in früheren Wahlen ausnahmslos demokratisch gewählt haben. Auch die Farmer

bed mitteleben Westen haben anscheinend ihre Stimmen für Hoover abgegeben, obwohl man im demokratischen Lager gerade aus Farmerkreisen eine starke Unterstützung des Kandidaten Smith erwartet hatte, namentlich nachdem Senator Norris von den Republikanern abtrünnig geworden war. Um 10 Uhr war Hoovers Wahl bereits geschafft. Die in den folgenden Stunden eintreffenden Ergebnisse aus den abgelegenen Distrikten, die die Stimmen für Hoover laniarisch ausschließen ließen, gaben diesem Sieg dann tatsächlich den Charakter, den, was im amerikanischen politischen Ton als "Landslide" Erbrüder bezeichnet wird. Trotz der ungeheuren Wahlbeteiligung blieben überraschende Wahlstimmen verhältnismäßig gering. So ist vorzusehen, erklärt sie sich vielleicht daraus, daß in vielen Städten, wo keine Stimmzettel zur Verfügung stand, und mit Stimmentzettel gewählt werden mußte, die Wahllokale derart mit Stimmzetteln überfüllt wurden, daß Wähler zu ihrer Abstimmung herbeigeschafft werden mußten. New York ebenso wie die kleinste Stadt des Landes bot ein Bild gespanntester Erwartung. Auf den Straßen, in denen sich Auto an Auto drängten, in den Restaurants und anderen öffentlichen Lokalen, ja selbst im Bushaus Sing-Sing wurden die Wahlergebnisse durch Handkund und Lautsprecher bekanntgegeben. In den großen und eleganten Hotels, in deren Gesellschaftsräumen sich unzählige Gäste für die Wahlnacht eingefunden hatten, hielt man mit der Begeisterung über den Sieg Hoover nicht zurück.

Die New Yorker Gesellschaft hatte die erste Hälfte des Wahlabends in der Metropolitan-Opera verbracht, wo Richard Strauss' "Aegyptische Helena" mit Laubenthal und der Freia in den Hauptrollen in einer glänzenden Aufführung zum ersten Mal über die Bühne ging.

Als hier die ersten Nachrichten über den Sieg Hoover eintrafen, äußerten die bekannten Vertreter der Finanzelite, die wegen der Auswirkung der Präsidentschaftswahl auf die Wirtschaftsregierung geborgt hatten, bereits größte Befriedigung, während sich rasch nachher herausstellte, daß nicht nur das Fortbestehen einer republikanischen Regierung gesichert war, sondern daß Hoover wahrscheinlich mehr Wahlmännerstimmen erhalten wird, als Harding und Coolidge seinerzeit erhielten.

New York. (Funknachricht) Auf Grund des Wahlergebnisses der Republikaner wird Senator Charles Curtis Vizepräsident werden. Obwohl noch nicht alle Resultate vorliegen, ist es wahrscheinlich, daß Franklin Roosevelt Gouverneur des Staates New York werden wird.

### Brüssel Tagungsort der Reparationskonferenz.

Paris. (Tel.) Der "Temps" glaubt zu wissen, daß infolge der fehlenden Übereinkunft Paris oder Berlin als Tagungsort der Finanzschwierigkeiten-Konferenz zu wählen, man als Ausweg Brüssel vorschlagen werde, wie dies bereits des öfteren in der französischen Presse erwähnt wurde.

### Demission des lettändischen Kabinetts.

X. Riga. Das Kabinett Jurishevski ist im Aufschluß an den Aufzurkennung des neuen Parlaments zurückgetreten. Der Präsident der Republik wird sich wegen Neuwahlung der Regierung zunächst an die Sozialdemokraten als die stärkste Partei wenden, doch erwartet man, daß die Regierungsbildung von einem Vertreter des Bauernbundes aus den nichtsozialistischen Parteien vorgenommen werden wird.

### Vor der französisch-italienischen Einigung?

Im Zusammenhang mit der neuen französisch-englischen Entente hat sich, soweit bisher aus dem Verlauf der zwischen Italien und Frankreich eingeleiteten Verhandlungen zu erkennen ist, Italien zu einer Zurückweisung seiner Forderungen bestimmt lassen. Die in Tunis lebenden Italiener sollen ihre Staatsangehörigkeit behalten, Neueinwanderer sollen sich aber naturalisieren lassen. Die Anerkennung dieser Bestimmungen würde einen Verzicht Italiens auf die nordafrikanische Expansion bedeuten. Ebenso sollen Italiens Wünsche auf Syrien und seine Mondatsforderungen unbedingt erfüllt werden. Als Gegenleistung soll Italien einige Grenzausgleichungen erhalten. Dies Abkommen wäre, wie die französische Presse meint, allerdings einige Dosen wert. Bereits es doch Frankreich von einem mit wachsendem Unbehagen empfundenen Druck.